

Editorial

»Das Leben geht weiter«

1. »So oder so, die Erde wird rot«, sang ein Liedermacher noch vor wenigen Jahren. Entweder der atomare Holocaust oder die Hoffnung auf eine menschenwürdige, sozialistische Gesellschaft. Aber die Balance von Angst und Hoffnung, stimmt sie noch? Der Wettlauf zur atomaren Vernichtung ist weiterhin ungebrochen, wo aber sind die Zeichen, daß wir einer sozialistischen Gesellschaft näher kommen? Und seien es auch nur kleine. Elektrifiziert und mit immer mehr Kernenergie verkabelt haben wir unsere Gesellschaften ja schon. Bleibt vielleicht noch der 'Überbau': unsere Köpfe und unsere Praktiken und Institutionen, die mit dem Kopf, dem Bewußtsein und damit mit unserem Handeln zu tun haben. Gibt es da Anzeichen, daß wir uns einer menschenwürdigeren Gesellschaftsordnung nähern?

Erinnern wir uns - unserer eigenen Theorien. Bald 15 Jahre ist es her, da gab es in den kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas einen offenen Widerstand gegen die vorherrschenden ökonomischen, sozialen und auch kulturellen Verhältnisse. Diese von Arbeitern und Studenten getragene Bewegung (wir nannten die Bewegungen damals noch mit ihrem Namen) fand zu Zeiten statt, da das Kapital kräftig verdiente und es den Lohnabhängigen gelang, ihren Teil am Kuchen zu behaupten, wenn nicht gar zu verbessern. Damit wurde ein Kernbestandteil marxistisch-leninistischer Theorien augenscheinlich hinfällig: die *Verelendungstheorie*. Die Theorie, die besagte, 'je schlechter es den Menschen materiell geht, um so fortschrittlicher werden ihre Köpfe', sie verelendete angesichts der faktischen Entwicklung. Angesichts der damaligen ökonomischen Prosperität (dieser elendigliche Kapitalismus wollte einfach nicht in seinem letzten Stadium dahinsiechen) entwickelten wir neue Erklärungsansätze: 'Wenn es den arbeitenden Menschen materiell besser geht, dann wird der ökonomische (Lohn-) Kampf ergänzt durch den Kampf um qualitative Forderungen, um Forderungen nach Arbeiterkontrolle' (vgl. PROKLA 3/1972). Gleichzeitig sahen wir, daß der Staat in vielfältiger Weise in den Prozeß der Kapitalakkumulation eingriff (und wir bemühten uns, dies logisch-historisch »abzuleiten«), daß er als handelnde Instanz und zugleich als historisches Ergebnis der Gesellschaft bemüht war, die Kosten gesellschaftlicher Konflikte zu minimieren. In Zeiten der Prosperität hieß dies: kleine ökonomische Zugeständnisse bei großer sozialer Integration der Arbeiterklasse. Die SPD besorgte das Geschäft (und wir warnten).

Zu diesen Zeiten sozialdemokratischer Planungseuphorie Ende der 60iger Jahre entwickelten sich außerhalb der marxistischen Diskussion Systemanalytiker, die ein vorausschauendes Krisenmanagement im ökonomischen, politischen und sozialen Umfeld propagierten und die Errichtung sozialer »Frühwarnsysteme« zur rechtzeitigen Erkennung 'sozialer Unruhen' vorschlugen. »Eine Million Arbeitslose kann das System nicht überstehen« hieß es - und darin waren sich diese Diskutanten einig: das »System« sollte weiterbestehen, flexibel und anpassungsfähig, aber in den Grundzügen unverändert. Partielle Integration war das sozialdemokratische Motto.

Wir waren anderer Meinung (vgl. die Diskussion um die Sozialstaatsillusion, 1970) und - zu Recht - skeptischer hinsichtlich der kapitalistischen Prosperität - aber nicht unbeeinflusst.

Wir sahen die Spannung zwischen den zunehmenden betrieblichen Kämpfen um die Organisation der Arbeit bis hin zur Arbeiterkontrolle einerseits und den sozialintegrativen Funktionen staatlicher Institutionen und Maßnahmen andererseits. Wie konnte der revolutionäre Durchbruch gelingen, wenn sich die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf den Betrieb beschränken? Des Rätsels Lösung: der Kapitalismus ist gar nicht so stabil wie er scheint, die nächste Krise kommt ja schon. Und dann wird die Arbeiterklasse in den »Defensivkämpfe(n) gegen den Abbau von solchen Positionen, die in einer Prosperitätsphase erkämpft wurden, ... in weitaus umfassenderer Weise die Krise des Systems deutlich mach(en)«. (PROKLA 3/72, S. 125f.) Da ist sie wieder, die alte Vorstellung des Zusammenhangs von Krise und Revolution: 'wenn es den Menschen schlechter geht, dann werden sie sich schon bewegen'. Und wir dachten in Richtung Sozialismus.

Sicher - auch wir haben in den 70iger Jahren weiter gelernt (und Gramsci zum erstenmal gelesen): es gibt keinen Automatismus zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung, der Kampf um die politische und kulturelle Hegemonie erfordert auch neue Bündnisformen (und damit ein verändertes Selbstverständnis) zwischen Intellektuellen und Arbeiterklasse zur Bildung des 'historischen Blocks'. Wir thematisierten unsere eigene Rolle als Intellektuelle - und wären doch so gerne 'organischer Bestandteil' der Arbeiterbewegung geworden. Im Hintergrund aber blieb das Konzept: 'Wir blicken schon heute durch, die Masse der Arbeitenden wird es in der ökonomischen Krise, in ihren Defensivkämpfen dann auch tun und dann kann es uns gemeinsam gelingen, neuen Ufern zuzustreben'.

Richtig daran war, daß die ökonomische Prosperität längst zuende gegangen ist. Richtig ist, daß die organisierte Arbeiterbewegung - bei uns und in allen vergleichbaren Ländern - gewerkschaftlich und politisch überwiegend Rückzugsgefechte austrägt. Doch die politischen Institutionen des bürgerlichen Staates haben einen erstaunlichen Grad an Stabilität bewiesen - die Kristallisation von sozialen Bewegungen in neue Parteien widerlegt dies bisher nicht - und diese Stabilität ist umso erstaunlicher, als das sozialdemokratische Modell sozialer Krisenlenkung längst abgelöst wurde durch eine konservative Austeritätspolitik, die an die Substanz des Sozialstaates geht (vgl. PROKLA 49). Wie steht es also mit dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und politischem Bewußtsein? Auch hier eine dieser inflationären »Wenden«?

2. 1979 warnt Schumann (Gewerkschaftliche Monatshefte 3/79): »In der Krisensituation ist eine größere Anfälligkeit für konservative und reaktionäre Positionen sichtbar geworden«. Es gäbe einen kollektiven Mangel, die Krise zu interpretieren und deshalb wachse die Gefahr eines Autoritarismus. Konservative Krisenlösungsstrategien finden ihren ideologischen Nährboden auch im Arbeiterbewußtsein. Ali Wacker (1979) verallgemeinert die Gefahr angesichts der sozial-liberal betriebenen Marginalisierung immer größere Gruppen der Bevölkerung: »Indem gesellschaftliche Unsicherheitszonen zu Lebensräumen von Gruppen und Individuen werden, nimmt die Anfälligkeit gegenüber politischen Bewegungen und Deutungsangeboten zu, die den komplexen und langwierigen Prozeß des Austarierens von Interessen durch eine straffe Führung ersetzen wollen.« Aber es gab auch Gegentendenzen. Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems führte zur 'Freisetzung' von Arbeitenden - und Gedanken. Aus der ökonomischen Krise wurden gesellschaftliche Krisen (der Arbeit, der Arbeitsorganisation, des Zusammenhangs von Arbeit und Leben, der ungleichen Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und Nationen, des individuellen und gesellschaftlichen 'Sinns' von Arbeit). Arbeitslos zu werden hieß nicht mehr für al-

le: vom Schicksal verdammt zu sein. Arbeiten zur Sicherung der materiellen Existenz - soweit bleibt die Lohnarbeit umfassend. Arbeiten zur Sicherung der eigenen/ gesellschaftlichen Identitätsbildung - das gilt für die Lohnarbeit nicht mehr ungebrochen. Noch ein Ergebnis der Krisen.

Das Leben geht weiter - die Krisen auch. In einer Prognose sind sich selbst die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (vom IfO-Institut bis zur Prognos-AG) einig: Die Massenarbeitslosigkeit dauert auf absehbare Zeit an. Die drohenden Gefahren aufgrund der Labilität des heutigen internationalen Geld- und Kreditsystems sind in der letzten PRO-KLA thematisiert worden: »50 Jahre danach ... Weltwirtschaftskrise, Faschismus, Autoritärer Staat«. Ohne falsche Parallelen ziehen zu wollen, müssen wir fragen, welche politischen Auswirkungen es haben kann, wenn die Massenarbeitslosigkeit bestehen bleibt oder gar zunimmt?

Über den Zusammenhang von Krisen, Arbeitslosigkeit und der Entwicklung (politischen) Bewußtseins haben wir immer weniger 'gesicherte' Erkenntnisse; ebenso hinsichtlich der Entwicklungstendenzen eines *allgemeinen, übergreifenden Arbeiterbewußtsein*. Die Beiträge in diesem Heft sagen eher das Gegenteil: wir müssen genauer hinsehen. Und zumindest einen Fehler vermeiden: korporative Lösungsstrategien für uns selber zu entwickeln. D.h., in dem Maße, wie staatliche und gewerkschaftliche Politiken darauf angelegt sind, aktiv oder durch Unterlassung, die ökonomische und soziale Differenzierung der Gesellschaft zu Lasten der jeweils Schwächsten zu beschleunigen, können wir die notwendige Suche und praktische Erprobung perspektivischer Modelle zur heutigen Form der Arbeit und des Lebens (in Arbeitsloseninitiativen, alternativen Produktionsstätten oder gewerkschaftlichen Diskussionskreisen) nicht trennen von den Problemen der Massenarbeitslosigkeit heute und übermorgen. So sehr es verlockend ist, sich auf seine eigenen, kleinen Kreise zu beziehen und wieder eine Vordenker-Rolle einzunehmen (diesmal in den 'neuen sozialen Bewegungen' - nicht mehr 'organischer Intellektueller', sondern 'Gegenexperte'), so sehr wir auch unsere Neigungen zur Selbstüberschätzung kennen sollten, wir können dennoch nicht übersehen, daß in den nächsten Monaten ein Kampf um die Verteilung der Lohnarbeit in ihren jetzigen Formen geführt werden wird, der an die Substanz der Gewerkschaften als (potentiell) solidarischer Form der organisierten Interessenvertretung geht.

Endet die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche mit einer eindeutigen Niederlage der Gewerkschaften, dann sind die Tore für eine konservative Austeritäts- und reaktionäre Rechts-, Bildungs- und Sicherheitspolitik weit geöffnet: eine solche Politik kann dann - bei der gegebenen Staatsfixierung und fehlenden, politisch glaubhaften Alternativen - ungebrochener an die vorhandenen, autoritären Krisenlösererwartungen im Bewußtsein vieler anknüpfen.

In dem Dilemma zwischen 'Krise der Arbeit' und Massenarbeitslosigkeit spielt die Zeit nicht für uns.

3. »Wieviel Arbeit braucht der Mensch?« Diese Frage, die Marie Jahoda zur Leitfrage ihres kürzlich auch bei uns erschienenen Buches über 'Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert' machte, ist auch der Leitfaden für die in diesem Heftschwerpunkt versammelten Aufsätze.

Leichtfertig von 'Wertwandel' oder der Durchsetzung 'postakquisitiver Werte' - oder etwa der 'Saturiertheit' der Arbeitsplatzbesitzer - spricht keiner unserer Autoren. Vielmehr wird von verschiedenen Ausgangspunkten die *Frage* - die in populären sozialwissenschaftli-

chen Zusammenhängen immer schon als *Antwort* präsentiert wird – nach dem Stellenwert aufgeworfen, die (Lohn-) Arbeit und Arbeitslosigkeit im Leben der Individuen moderner Gesellschaften spielen. Die Antwort ist – trotz der Vielgestaltigkeit der Herangehensweisen – überraschend klar: Ihre Zentralität für die Gesamtheit der individuellen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse wird von den Autoren mehr oder minder eindeutig konstatiert, auch wenn sie, wie bspw. *Ali Wacker*, »arbeitszentrierte Ansätze« zu kritisieren angetreten sind. Auch er schließt jedoch in seinem Aufsatz mit der Überlegung, daß »produktive Umgangsweisen« mit Arbeitslosigkeit« vermutlich nur für einen begrenzten Zeitraum Gültigkeit besitzen dürften.

Damit ist jedoch die »Problematik des Ausschlusses von Arbeit« (*Karin Priester*) wieder gebunden an die Rolle, die Arbeit als Lohnarbeit (oder modisch ausgedrückt als Erwerbsarbeit) im Leben der Individuen spielt: als einigendes ökonomisches und soziales Band, das sowohl integrierende als auch desintegrierende Funktionen hat.

Die hier in der PROKLA weitergeführte Diskussion über die Rolle der Arbeit macht eines deutlich: Wir stehen offenbar erst am Anfang einer auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse antwortenden politisch-sozialwissenschaftlichen Forschung mit Bezug auf die Rolle, die Erwerbsarbeit im Leben der Individuen spielt. Marie Jahoda hat hier unweigerlich mit ihren sozialpsychologischen Untersuchungen über Arbeit und Arbeitslosigkeit Zeichen gesetzt, die, so scheint es, die Ergebnisse nachfolgender Arbeiten bereits vorwegnehmen: Sie begreift Arbeit als einen unverzichtbaren Teil der menschlichen Identität, der auch durch noch so sinnvoll ausgefüllte andere Zeit nicht ersetzt werden kann.

Dieser Befund, Ergebnis langjähriger politischer und forschender Praxis, wird durch die neueren Arbeiten mehr oder minder bestätigt. »Die Fragmentierung des Alltagsbewußtseins« (Habermas), die vielerorts (meist in dem schlichten, auf Umfrageforschungsergebnisse sich berufenden Term vom Wertwandel) als Erklärung für die Pluralität neuer sozialer Bewegungen nutzbar gemacht wird, verweist jedoch, folgt man unseren Autoren, zugleich auf eine klarere und deutlichere Sichtweise (und sei es auch nur als Ab- oder Ausgrenzung) der Rolle der Arbeit.

Michael Schumann beispielsweise versucht in seinem Aufsatz »Zum Krisenbewußtsein der Arbeiter« die Veränderungen, denen speziell die innerbetriebliche Krisenwahrnehmung in den vergangenen 10 Jahren unterworfen war, nachzuzeichnen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß wir zur Zeit mit einem Mit- und Nebeneinander gänzlich unterschiedlicher Krisenbetroffenheit und entsprechender Verhaltenspotentiale bei den Arbeitenden konfrontiert sind, deren gemeinsames Merkmal eine große Ratlosigkeit über mögliche Lösungswege ist: Das politische Vakuum bietet aber auch eine Chance für gewerkschaftliche Politik, die über trade-unionistische Standardforderungen hinauskommen will. Die Bereitschaft, den Bewegungsgesetzen kapitalistischer Gesellschaft auf den Grund zu kommen ('die Krise erklären können') und in politisches Handeln umzusetzen, scheint – im Vergleich zur Vergangenheit – zugenommen zu haben.

Joachim Bischoff/Karlheinz Maldaner haben einen anderen als den innerbetrieblichen Zugang für die Erklärung der Verschiebungen im Alltagsbewußtsein gewählt: Sie gehen von Veränderungen im gesamten Reproduktionsprozeß aus, die ihrerseits festgefügte Vorstellungen ins Wanken bringen. Im Resultat führen sie aus, daß die Arbeit keineswegs an Bedeutung verloren habe, im Gegenteil, ihre Zentralität für die Gesamtheit der individuellen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse trete immer stärker hervor. Diese Befunde werden auch gestützt durch die Ergebnisse der empirischen Untersuchung von *Gitte Schefer*

und Renate Wielpütz. Ihre Untersuchung der Lebens- und Arbeitsorientierung arbeitsloser Frauen macht deutlich, daß sogar die 'Langzeitarbeitslosen' unter ihnen einen großen Teil ihrer Identität über gesellschaftlich anerkannte (und nicht private) Arbeit bilden. Bezugspunkt der Lebensorientierungen der Frauen ist nicht die vermeintliche Alternativrolle der Hausfrau, die die Gesellschaft bereitwillig zur Verfügung stellt, sondern der 'öffentliche Charakter' der außerhäuslichen Arbeit und vor allem auch die ökonomische Notwendigkeit, den Lebensunterhalt verdienen zu müssen. Die Vorstellung einer geschlechtstypischen Prägung der Arbeitsorientierung erscheint nach diesen Ergebnissen mehr als fraglich. Ali Wacker, der »Differentielle Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit« untersucht, geht davon aus, daß bisher vor allem sozialpsychologisch ansetzende Längsschnittuntersuchungen fehlen, die die lebensgeschichtlichen Auswirkungen erfassen könnten. Er kritisiert die »Eindimensionalität einer Deprivationsthese«, der er eine zu einseitige Orientierung auf Arbeit zuschreibt, wenn sie als Interpretationsfolie individueller Lebensorientierung immer wieder Arbeit und Arbeitslosigkeit heranzieht, anstatt die Lebensorientierungen und Lebensläufe als solche. Dennoch kommt er zu dem Resultat, daß die Prozesse der Verarbeitung von z.B. längerer Arbeitslosigkeit zur Zeit noch wissenschaftliches und politisches Neuland sind, das durch anfängliche 'innovative Aktivitäten' der Arbeitslosen keineswegs als entdeckt gelten kann (geschweige denn als gelöst).

Karin Priester schließlich nimmt den Ausschluß bürgerlicher Romanfiguren (Emma Bovary, Effi Briest, Anna Karenina) von Arbeit zum Ausgang ihrer Ausführungen über Arbeit und Arbeitslosigkeit. Sie kommt zu dem Schluß, daß die eigentliche Konfliktlinie - auch heutzutage - nicht zwischen Männern und Frauen verlaufe, sondern über den 'Ausschluß von Arbeit' gesellschaftlich bestimmt sei: Eine auf Arbeit orientierte (bzw. sich orientierende und entsprechend strukturierende) Gesellschaft treibt die zum Nichts-Tun Verurteilten in evasive Verhaltensweisen und schließlich in den Tod.

Bischoff/Maldaner legen den Schluß nahe, daß die Wahrnehmung der Zentralität der Arbeit nicht automatisch zur politischen Forderung nach der Veränderung des Produktionssystems führe. Hier, so scheint es, ist für künftige Politik ein wichtiger Bruchpunkt markiert: Diejenigen, die leichtfertig vom Wertwandel in den Lebensperspektiven der Bevölkerung sprechen, gar von 'Saturiertheit' und 'Arbeitsmüdigkeit', übernehmen das ideologische Geschäft der Krise, wenn sie erzwungene Arbeitslosigkeit kurzschlüssig als Befreiung von der Arbeit feiern. Weder ist bisher die Lebensfähigkeit des sogenannten informellen Sektors unter Beweis gestellt, in den, so viel man weiß, vorübergehend hauptsächlich arbeitslose Hochschulabsolventen flüchten. Noch sind gangbare gesellschaftliche Wege gezeichnet, die für die Masse der Arbeitslosen eine lebensgeschichtlich tragfähige Alternative böten. Die Orientierung auf utopische Gesellschaftsmodelle geht, so scheint es, über die zur Zeit so dringend notwendigen Entwürfe einer konkreten Gestaltung der Zukunft der Arbeit hinweg, indem sie ein kulturelles Unbehagen mit dem Produktionssystem transformiert in alternative Entwürfe künftiger Gesellschaften, die nicht mehr sind, als *sinnvolle Teilkonzepte*. Die »Zauberformel« von der »alternativen Produktion« (Schumann) droht hier die Möglichkeiten (und dies bereits im Denken) einer Kritik bzw. politischen Überformung des Betriebs- und Produktionssystems zu überdecken.

4. Wer zu Beginn der siebziger Jahre die Prognose gewagt hätte, daß eine mehrjährige Arbeitslosigkeit von durchschnittlich einer Million Lohnabhängiger die politische Stabilität der bundesrepublikanischen Grundkonstellation von kapitalistischer Gesellschaftsstruktur

und bürgerlicher Republik relativ unberührt lassen würde, hätte, wenn nicht schon Widerspruch, so doch bestimmt wenig Zustimmung gefunden. Zu wenig plausibel erschien es, daß eine Gesellschaftsstruktur, deren Ideologie und Identität wesentlich auf der ökonomischen Prosperität gründete, eine Situation dauerhafter Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau durchstehen könnte. Diese Erwartungshaltung galt insbesondere gegenüber den Gewerkschaften, die zu Beginn der siebziger Jahre mit der Durchsetzung der höchsten Lohnabschlüsse der Nachkriegsgeschichte ihre Machtposition unter Beweis stellten.

Seit Beginn der Krise kam es durchaus zu Umstrukturierungen der politischen Landschaft, insbesondere der Parteienkonstellation - ohne daß dadurch aber die Stabilität tangiert worden wäre. Die Strategien des Krisenmanagements, ob sozialliberaler oder konservativer Provenienz, konnten - wenigstens im Großen und Ganzen - mit gewerkschaftlicher Duldung, oder sogar mit aktiver gewerkschaftlicher Unterstützung rechnen. Im sozialdemokratischen Konzept des »Modell Deutschland«, mit dem der Wahlkampf des Jahrs 1976 erfolgreich geführt werden konnte, wurden die Gewerkschaften sogar ausdrücklich als »Juniorpartner« der Politik des Krisenmanagements etabliert.

Die sozialpartnerschaftliche, auf Kooperation abzielende Haltung der Gewerkschaften auch noch in der Phase der Depression wurde von den Sozialwissenschaften mit einem »neuen« Kurzbegriff etikettiert - dem Begriff des *Korporatismus*. Ausgehend von der angelsächsischen Diskussion wurde das Korporatismus-Theorem schnell für die Analyse der deutschen Gewerkschaften zu verwenden versucht. Während die These des *gesellschaftlichen Korporatismus* davon ausging, daß dem kooperativen Verhalten der Gewerkschaften gegenüber Kapitalverbänden und staatlicher Politik ein rationales Austauschkalkül zugrundeliege (z.B. in Form einer gemäßigten Lohnpolitik im Tausch gegen eine aktive Arbeitsmarktpolitik oder einer Verbesserung der Mitbestimmungsrechte), stellte das Theorem des *selektiven Korporatismus* dieses Austauschkalkül gerade in Frage: Unter den Bedingungen der Krise sei es für die Gewerkschaften nicht mehr länger möglich, im Austausch lohnpolitischer Zugeständnisse Vorteile für alle gewerkschaftlich vertretenen Lohnabhängigen zu gewinnen. Die im korporatistischen Politikverbund erzielten Vorteile und Zugewinne blieben vielmehr auf einen Kern beschränkt, der sich idealtypisch aus männlichen deutschen Facharbeitern mittleren Alters zusammensetzte. Die Verlierer dieses »korporatistischen Verbundes« von Gewerkschaften, Kapitalverbänden und Staat seien im Großen und Ganzen Ausländer, Frauen sowie jugendliche und ältere Lohnabhängige. Diese selektive Verteilung der Krisenlasten stabilisiere sowohl das System der Austauschbeziehungen von Lohnarbeit und Kapital wie auch das politische System, weil gerade die kampfstärksten und kampferfahrensten Teile der Lohnabhängigen gegenüber den Krisenwirkungen abgepuffert würden.

Die politische Gestaltung der Verteilung der Krisenfolgen könne allerdings nur in Kooperation mit Kapitalverbänden und Staat durchgeführt werden; infolge des weltwirtschaftlichen Charakters der gegenwärtigen Krise und der daraus folgenden Beschränkungen des nationalen Handlungsspielraums, und zwar für alle »Akteure«, - sofern nicht, etwa im Rahmen der EG oder in transnationalen Institutionen und Verbänden gerade durch eine Internationalisierung politischer Strategien ein zusätzlicher Spielraum gewonnen werden könnte - ergebe sich zudem ein Kooperationszwang für die Gewerkschaften: Nur die aktive Beteiligung an den Strategien der Modernisierung, Rationalisierung und Kartellierung der Ökonomie erlaube eine Einflußnahme auf die Verteilung der Sanierungskosten.

Vor allem das Theorem des selektiven Korporatismus, vehement vorgetragen von einer

Konstanzer Autorengruppe um Fach, Esser u.a. erfreute sich einer großen Beliebtheit in der linken sozialwissenschaftlichen Diskussion, konnte doch das kooperative Verhalten der Gewerkschaften mit ihm vermeintlich konsistent begründet werden. Allerdings blieb diese Analyseperspektive nicht ohne Kritik. Auf der Ebene der politischen Strategiebildung wurde der Einwand formuliert, daß das Insistieren auf den weltwirtschaftlich bedingten Kooperationszwang der Gewerkschaften die Augen vor der Notwendigkeit verschließe, gerade die bestehenden nationalen Handlungsspielräume auszuloten und sie durch alternative Konzepte der Krisenbewältigung zu füllen. Und ein zweiter Einwand kommt hinzu: Der sich verschärfende Druck zu Modernisierung und Rationalisierung der Produktion macht zunehmend auch vor dem Kern der gewerkschaftlichen Basis, den Facharbeitern, nicht mehr Halt. Mit wachsender Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzrisiko dieser Gruppe entfallt aber die »Geschäftsgrundlage« des selektiven Korporatismus - und zwar sowohl für die Gewerkschaften wie auch für die Kapitalverbände.

Welche Richtung schlagen die Gewerkschaften aber angesichts des Scheiterns der kooperativen-korporativen Politik ein? Dieser Frage geht *Michael Hartmann* in seinem Beitrag nach. Seiner Argumentation zufolge kann das (Neo-)Korporatismus-Theorem diese Frage deshalb nicht klären, weil der Kooperationszwang lediglich mit einem ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkül begründet wird, das dann scheitern muß, wenn die Voraussetzungen für ein solches Kalkül entfallen. Demgegenüber schlägt er vor, den »politisch-ideologischen Grundlagen« gewerkschaftlichen Verhaltens mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die er vor allem in der sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftlichen Tradition sowie in dem »von oben« erfolgten Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften nach 1945 sieht. Beide Bestimmungsmomente prägen das Verhalten der gewerkschaftlichen Funktionsträger und bilden die Basis der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaften. Ob diese ideologische »Kooperationstradition« unter den Bedingungen der anhaltenden Krise aber aufbricht, und welche Konsequenzen damit verbunden sein könnten, bleibt, das zeigt auch der Beitrag von Hartmann, Spekulationen offen. Folgt man den Resultaten der industriesoziologischen Forschung zum Arbeiterbewußtsein, wie sie beispielsweise von Michael Schumann in diesem Heft vorgetragen werden, dann bewirkt die Krise bei den Betroffenen zunächst eine große Ratlosigkeit - die sich auch in der Politik der Gewerkschaften niederschlagen scheint (ein Thema, das in der nächsten PROKLA schwerpunktmäßig aufgenommen werden soll).

So scheint es unter den Bedingungen konservativer Regierungspolitik und deren Bemühungen, einen neuen Konsens abseits des sozialdemokratisch angezielten Klassenkompromisses von Facharbeiter und weltmarktorientiertem Kapital zu etablieren, keineswegs wahrscheinlich, daß eine Auflösung gewerkschaftlicher Kooperationspolitik zu einer »Radikalisierung« nach links führen muß. Jedenfalls scheinen das die Erfahrungen in Großbritannien zu sein, wo die radikale Sanierungskur der Regierung Thatcher sowohl die ökonomische Krise verschärfte als auch die Gewerkschaften und die Labour Partei ohnmächtig in die Defensive gedrängt hat. In dem Aufsatz von *Andrew Gamble* wird eindringlich vorgeführt, wie die politische und strategische Blockade von Gewerkschaften und Arbeiterpartei ein Vakuum geschaffen hat, das von der Neuen Rechten in Großbritannien zielstrebig und konsequent genutzt werden konnte. Die Auffüllung dieses Vakuums durch neoliberale Politik und Ideologie ist allerdings ebensowenig ein Automatismus der Krisenverarbeitung wie die Möglichkeiten der »Radikalisierung« oder »Apathiasierung« von Betroffenen. Die in diesem Heft versammelten Beiträge zeigen vielmehr, daß die gegenwärtige Phase der öko-

nomischen Krise zugleich auch einen Strukturbruch gesellschaftlicher Praktiken verkörpert, der mehrere Entwicklungsoptionen beinhaltet.

Einen Beitrag besonderer Art zur Korporatismus-Diskussion stellt der Aufsatz von *Gianfranco Pasquino* dar. In Anschluß an die Thesen von Guillermo O'Donnell zum autoritär-bürokratischen Staat, die wir in PROKLA 52 veröffentlicht haben, wird gezeigt, wie das Korporatismus-Theorem sinnvoll für die Analyse autoritär-bürokratischer Staaten angewendet werden kann.

Obwohl sich Pasquino auf die Analyse lateinamerikanischer Gesellschaftsformationen konzentriert, könnte doch seine in Anschluß an O'Donnell getroffene Unterscheidung zweier Varianten des »staatlichen Korporatismus«, nämlich eines »einschließenden« und eines »ausschließenden Korporatismus«, auch für die Untersuchung der westeuropäischen Länder anregend sein. Wenn es richtig ist, daß die Phase des »gesellschaftlichen Korporatismus« sozialdemokratischer Prägung mit dem Machtzuwachs der Neuen Rechten und Konservativen vorläufig abgeschlossen ist, dann könnte es notwendig werden, das analytische Interesse verstärkt auf die Varianten eines staatlichen Korporatismus zu wenden, bei denen kooperatives Verhalten der Organisationen der Lohnabhängigen zwar noch gefragt, aber nicht länger positiv gratifiziert wird.

Die Redaktion

Die nächsten Schwerpunkte der PROKLA

- Heft 54: Gewerkschaftsbewegung vor dem Stillstand?
- Heft 55: Technik und Gesellschaft. Zum Umstrukturierungspotential »Neuer Technologien«.
- Heft 56: Der neue CDU-Staat.
- Heft 57: Gesellschaftlicher Strukturbruch und Theorien der Krise;

Die Redaktion der PROKLA lädt alle Interessenten zur Mitarbeit an diesen Schwerpunkten ein. Zu den einzelnen Themenkomplexen werden Arbeitskonferenzen durchgeführt. Weitere Einzelheiten können unter der Redaktionsadresse erfragt werden.